

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

1. **Gesetzentwurf der Staatsregierung**
Drs. 14/881
über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern
2. **Änderungsantrag der Abgeordneten Franzke, Naaß, Goertz u.a. SPD**
Drs. 14/1162
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern
(Drs. 14/881)
hier: Mitwirkung des Beirats (I)
3. **Änderungsantrag der Abgeordneten Franzke, Naaß, Goertz u.a. SPD**
Drs. 14/1163
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern
(Drs. 14/881)
hier: Besetzung des Beirats (II)
4. **Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Sprinkart und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**
Drs. 14/1181
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern
(Drs. 14/881)
hier: Verwaltung der Mittel
5. **Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Sprinkart und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**
Drs. 14/1182
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern
(Drs. 14/881)
hier: Mitwirkung des Beirats

6. **Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Sprinkart und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**
Drs. 14/1184
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern
(Drs. 14/881)
hier: Zusammensetzung des Beirats

I. Beschlußempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter:	zu Nr. 1 zu Nr. 2, 3 zu Nr. 4 - 6	Dr. Waschler Wörner Sprinkart
Mitberichterstatter:	zu Nr. 1 zu Nr. 2 - 6	Wörner Dr. Waschler

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge wurden dem Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge mitberaten. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge endberaten.
2. Der federführende Ausschuß hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 17. Sitzung am 22. Juni 1999 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuß mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Enthaltung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs.
14/1162, 14/1163, 14/1181, 14/1182 und 14/1184
wurde jeweils mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen
hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge
in seiner 34. Sitzung am 23. Juni 1999 mitberaten
und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Enthaltung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs.
14/1162, 14/1163, 14/1181 und 14/1182 wurde
jeweils mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Der Änderungsantrag auf Drs. 14/1184 wurde mit
folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
B90 GRÜ: Zustimmung
zur Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und
Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und
die Änderungsanträge in seiner 12. Sitzung am
1. Juli 1999 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuß
mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs.
14/1162, 14/1163, 14/1181, 14/1182 und 14/1184
wurde jeweils mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Eykmann
Vorsitzender